

Bundesregierung
(per Email)

Offener Brief
Stopp der Sparpolitik!
Faire Budgetsanierung sieht anders aus.

Innsbruck / Wien, 28. Mai 2026

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Dr. Christian Stocker,
sehr geehrter Herr Vizekanzler und Kulturminister Andreas Babler,
sehr geehrte Frau Außenministerin Mag.^a Beate Meinl-Reisinger, MES,
sehr geehrter Herr Finanzminister Dr. Markus Marterbauer,
sehr geehrte Frau Sozialministerin Korinna Schumann,
sehr geehrte Frau Wissenschafts- und Frauenministerin Eva-Maria Holzleitner, BSc!

Ihre Vorhaben zum Doppelbudget konterkarieren das Kulturkapitel im Regierungsprogramm. Die angedrohten Kürzungen im Kulturbudget bedeuten einen Kahlschlag in unserem Arbeitsfeld, einer über Jahrzehnte gewachsenen Kunst- und Kulturlandschaft. Nächste massive Einschnitte in der sozialen Absicherung treiben solche Angriffe auf unsere Existenz als Künstler*innen weiter an die Spitze. Nun stehen durch desaströse Sparvorhaben an den Universitäten auch noch unsere Studienbedingungen sowie unsere Arbeitsplätze beispielsweise in der Lehre und in der künstlerischen Forschung in Gefahr!

Stopp der Sparpolitik! Faire Budgetsanierung sieht anders aus.

Als **bildende Künstler*innen** erzielen wir aus der künstlerischen Tätigkeit ein Medianeinkommen unter der Geringfügigkeitsgrenze. Der Fair Pay Gap in der bildenden Kunst machte vor den Fair-Pay-Maßnahmen des Bundes satte 70% aus. Der Gender Pay Gap von gut 27% in der bildenden Kunst sorgt für eine weitere Schieflage.

Also gehen wir **auch kunstnahen und kunstfernen Tätigkeiten** nach, **selbstständig und unselbstständig**, nacheinander oder parallel. Vollzeit, Teilzeit und geringfügig. Festivals, Projekte und (Kunst-)Universitäten

sind für uns relevante Arbeit- und Auftraggeber*innen. Viele Beschäftigungen sind befristet. Artist Talks oder Screenings bedeuten punktuell einmalige Honorare. Ein Medianeinkommen (aus allen Tätigkeiten!) **unter der Armutsgefährdungsgrenze** gehört ebenso zum beruflichen Alltag wie erwerbslose Phasen. Die Systeme der sozialen Absicherung greifen bei solchen Erwerbsrealitäten oftmals nicht.

Stopp der Ausgrenzung durch diese Sparpolitik!

Sie planen **Budgetkürzungen** von - im ungünstigsten Fall - über 60 Millionen Euro in Kunst und Kultur. Wer kann sich in Zukunft noch leisten Kunst zu produzieren? Wer spricht, und wer kann teilhaben als Besucher*in? Wie planen Sie unter solchen Bedingungen das Regierungsprogramm umzusetzen: "**Weiterentwicklung der Fair-Pay-Strategie**"?

Die ersten Schritte zur Verankerung fairer Bezahlung durch entsprechende Förderpolitik waren richtungsweisend, haben strukturelle Veränderungen angestoßen und sind aus einem jahrelangen kunstpolitischen Kampf als Errungenschaft hervorgegangen.

Stopp der systematischen Zerschlagung sozialer Absicherung!

Sie haben bereits die geringfügige **Zuverdienstmöglichkeit zum Arbeitslosengeld abgeschafft**. Damit halten Sie Künstler*innen und Kulturarbeiter*innen vom eigenen Arbeitsmarkt fern.

Sie planen die Streichung von Erleichterungen beim **Dienstnehmer*innenbeitrag zur Arbeitslosenversicherung für kleine Einkommen**: ausgerechnet Kleinverdiener*innen werden zur Kasse gebeten. (Apropos: Kunst und Kultur! Apropos: Frauen!)

Sie planen finanzielle Hürden bei der Auflösung von Dienstverhältnissen: eine **AMS-Sperre bei Kündigung** durch die Dienstnehmer*in, Kosten bei Kündigung durch die Dienstgeber*in.

Sie planen **die Anrechnung von Partner*inneneinkommen bei der Notstandhilfe**. Wir alle wissen: Finanzielle Abhängigkeit ist existenz- bis lebensgefährdend - gerade für Frauen.

Jetzt loslegen, Regierungsprogramm umsetzen!

Ihre Ankündigungen zum Budget 2027/28 wiegen umso schwerer, als dass bereits die bisherigen Sparmaßnahmen - nicht bloß vom Bund - gerade die **Freie Szene in Bedrängnis** bringen. All diese Vorhaben stehen im Widerspruch zur Ansage im Regierungsprogramm, die soziale Absicherung in Kunst und Kultur unter Berücksichtigung der besonderen Erwerbsrealitäten zu verbessern.

Wann werden Sie diese Arbeit für Kunst und Kultur starten? Wie werden Sie den geplanten schweren Schaden abwenden?

Wir solidarisieren uns mit den protestierenden Universitäten.
Wir wenden uns gegen eine Budgetkonsolidierung auf Kosten von Kunst und Kultur.

Mit freundlichen Grüßen,

IG Bildende Kunst
Künstler*innen Vereinigung Tirol